

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

spd/III/46

Hannover, 19. April 1948

## Notwendiger Selbstschutz

R.B. Was geschieht in den Westzonen ernsthaft gegen Kräfte, die ungehindert den Sturz der Demokratie vorbereiten? Um es offen zu sagen: die Militärregierungen bieten zwar einen physischen, nicht aber einen psychologischen Schutz. Der Zeitpunkt ist jedoch gekommen, auf die Tatsache zu reagieren, daß es Menschen unter uns gibt, die, zwar verhüllt, aber unverkennbar auf eine Diktatur hinarbeiten - eine Diktatur von besonders verabscheuenswerten Charakter.

Der Kommunismus und seine Schrittmacher, die extremen Rechtsparteien, sind in den Westzonen im Besitz aller demokratischen Rechte, obwohl sie auf Schritt und Tritt klarwerden lassen, daß sie die Grundlagen eines demokratischen Zusammenlebens nicht anerkennen. Die Bevölkerung ist ihren Beeinflussungen täglich ausgesetzt, denn die Kommunistische Partei erhält zum Beispiel in den Westzonen aus den knappen Papierbeständen oft höhere Zuteilungen für Zeitungen als solche Parteien, deren demokratischer Geist außer Zweifel steht. Die KP hat das Recht, Versammlungen abzuhalten, sie ist in den Landtagen vertreten, und unter den verschiedenartigsten Tarnungen gründet sie Diskussionsgruppen, Vereine und Clubs, in denen eine antidemokratische, eine russisch-kommunistische Denkart entwickelt und propagiert wird. Die Bazillen, mit denen sie die müden Hirne der Deutschen infizieren, sind die Rufe nach einer deutschen Einheit unter der Leitung eines - kommunistisch gelenkten - Volkskongresses, es sind die Appelle an das immer zu besonders nachdrücklichen Bekundigungen bereite deutsche Nationalbewußtsein, das Versprechen des Wiedererwachens eines Deutschen Reiches alter Herrlichkeit, Kameradschaftlich-biedere Ansprachen an den ehemaligen Landsker und kleinen Eg, das Erregen militaristischer Träumereien (z.B. mit Hilfe einer plötzlichen Ehrenrettung des Ritterkreuzes) und schließlich die unablässig wiederholte Behauptung, nur die westlichen Alliierten seien Schuld an der katastrophalen Lebenshaltung des deutschen Volkes.

Die Militärregierungen sind nicht in der Lage, den Deutschen die Notwendigkeit und die Vorzüge demokratischer Lebensformen und Freiheiten beispielhaft vor Augen zu führen. Dies liegt in der Natur einer Militärregierung, die mit Befehlen arbeiten muß. Solange die Militär-

regierungen nicht durch zivile Kontrollen abgelöst werden, läßt sich an der Tatsache nichts ändern, daß es im wesentlichen Aufgabe der Deutschen selbst ist, einen wirksameren Schutz gegen die radikalen, von außen geführten Elemente unseres Volkes zu errichten.

In diesem Zusammenhang gehören auch jene deutschen Rechtskreise, die sich den unbefriedigten Nationalismus der Jugend zu Nutze machen, die sich einsichtslos und hartnäckig gegen die Herausgabe auch nur von Teilen des geraubten Besitzes wehren, und deren politisches Glaubensbekenntnis zu einem erheblichen Teil auch in der Überzeugung besteht, der Zweck eines mächtigen Deutschlands heilige die Mittel einer Gemeinschaft mit dem östlichen Kommunismus.

Es ist bittere Wahrheit, daß wir bereits wieder eine Entwicklung begonnen haben, die weitgehend mit der Zeit der letzten Jahre der Weimarer Republik zu vergleichen ist. Das Triviale dieses Vorgangs sollte uns aber nicht daran hindern, es als eine ungeheure Gefahr zu erkennen und ihm mit besseren Mitteln als damals und auch als bisher nach der Kriegsende entgegenzutreten.

Der Vorstand der SPD hat mit seiner kürzlichen scharfen Kampfansage gegen den Kommunismus und gegen die volksfeindlichen Rechtsparteien einen Schritt getan, der nicht ohne Resonanz bleiben darf. Ihnen sollte in den Westzonen nur dann das Recht einer politischen Betätigung eingeräumt werden, wenn sie sich einer Unterminierung des demokratischen Prinzips schlechthin enthalten. Kommunisten sollten aus allen einflussreichen öffentlichen Stellen in solche minderer Bedeutung versetzt, und auch die Tätigkeit kommunistischer Funktionäre in Fabriken, Büros und anderen Arbeitsplätzen sollte intensiver überwacht werden. Denn: Anspruch auf die demokratischen Freiheiten hat nur, wer die Grundlage demokratischen Zusammenlebens anerkennt. So kurz zurückliegende Erfahrungen wie die der Weimarer Zeit sollten noch nicht vergessen sein.

#### Entfernung der Kommunisten aus der Polizei

sp. Generalmajor G.P.Hays, der stellvertretende Militärbefehlshaber der US Zone, hat, wie die "New York Herald Tribune" meldet, die Ministerpräsidenten von Bayern, Württemberg und Hessen ersucht, Kommunisten aus den Reihen der Polizei in den Ländern der US Zone zu entfernen. Dieser Schritt wurde getan, um alle kommunistischen Versuche zu vereiteln, Schlüsselpositionen in den verschiedenen Polizeikräften zu besetzen, die stets das erste Ziel bei den kommunistischen Kampagnen bilden, die Macht in Europa zu ergreifen. Die Durchführung der Forderung der US Militärregierung dürfte nach Ansicht der "New York Herald Tribune" eine schwierige Aufgabe sein, da in den ersten Tagen der Besatzungszeit viele Kommunisten von der amerikanischen Militärregierung auf Polizeiamtern eingesetzt wurden, weil ihre politische Vergangenheit, wie z.B. ihre Haft im Konzentrationslager, als beste und nächstliegende Empfehlung für antinazistische Einstellung betrachtet wurde....

(m/B65/194/1/he)

### Gründungskongreß der "Force Ouvrière"

A.F. Die Gewerkschaft "Force Ouvrière" ist bekanntlich im Dezember letzten Jahres durch eine Spaltung der bisherigen Einheitsgewerkschaft (C.G.T.) entstanden, weil sich die Minderheit der Mitglieder nicht einer kommunistischen Diktatur unterwerfen wollte und außerdem entschieden gegen eine politische Kolonisierung der Gewerkschaftsbewegung zu Gunsten einer Partei-Stellung nahm. Nach dreimonatlichen Vorarbeiten konnte nun die neue Gewerkschaftsbewegung in Paris ihren ersten Kongreß abhalten.

Die Beteiligung war beachtlich. Über 1400 Delegierte fanden sich aus allen Teilen Frankreichs (90 Départements von insgesamt 92) ein und vertraten sämtliche Berufsgruppen. Nach der Mandatenzahl zu schließen verfügt "Force Ouvrière" zur Zeit über rund 1,2 Mill. Mitglieder, d.h. etwas mehr als ein Drittel des Bestandes der kommunistischen C.G.T. Von durchaus wohlwollender Seite wird diese Schätzung allerdings noch etwas skeptisch aufgenommen. Der neue Generalsekretär der Gewerkschaft, Bothereau, ist freilich optimistischer, er nimmt an, daß bis Ende des Jahres "Force Ouvrière" ebenso stark sein wird wie die C.G.T. Diese Hoffnung gründet sich darauf, daß augenblicklich mindestens zwei Mill. französischer Arbeiter gewerkschaftlich unorganisiert abwartend abseits stehen.

Der Kongreß vermittelt ein durchaus den Eindruck einer selbstbewußten Delegiertenversammlung, die sich auf eine starke und sichere Organisation zu stützen vermag. Dieses Vertrauen wurde durch die bedeutende ausländische Beteiligung von Österreich, Belgien, Dänemark, Vereinigte Staaten (C.I.O.), Großbritannien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz und Saargebiet noch unterstrichen.

Der Kongreß hatte verschiedene strittige Punkte zu regeln; der endgültige Name der Gewerkschaft, ihr Beitritt zum Weltgewerkschaftsbund und die Wiederwählbarkeit der Verwaltungsratsmitglieder. Der Beschluß, die Aufnahme in den Weltgewerkschaftsbund zu beantragen, kann übrigens zu einer völligen Sprengung dieser schon stark erschütterten Organisation führen. Die kommunistische C.G.T. wird sich natürlich der Zulassung der "Force Ouvrière" widersetzen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sie dabei von allen, die Mehrheit bildenden, kommunistischen Gewerkschaftsverbänden unterstützt werden wird.

Die Schlußresolution des Kongresses stellt in ihrem ersten Satz fest, daß die Freiheit die Grundlage der Arbeitergewerkschaftsbewegung ist. Sie bejaht den Marshall-Plan und tritt für die Verteidigung des Friedens und die Gleichberechtigung der Arbeiterklasse innerhalb der Nation ein. Wirtschaftlich verlangt sie die Beteiligung der Arbeiter an der Betriebsführung, die Sicherung der Kaufkraft der Löhne, den Ausbau der Konsumgenossenschaften, eine schärfere Wirtschaftskontrolle durch den Staat und die Rückkehr zur Lohnfreiheit, d.h. die bisher noch nicht erteilte Ermächtigung zum freien Abschluß von Kollektivverträgen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ohne staatliche Einmischung.

### Schlechtes Spiel mit Flüchtlingen

A. Die Frage der Flüchtlingspolitik in den deutschen Westzonen scheint mit dem heraufkommenden Frühjahr in ein neues Stadium zu treten. Der sogenannte Hauptausschuß für die Ostvertriebenen in der britischen Zone, bisher nur verhältnismäßig geringen Teilen der Flüchtlinge bekannt, entfaltet eine immer größere Tätigkeit. Die bürgerlichen Zeitungen bringen in den letzten Nummern ausführliche Entschlüsse dieses Ausschusses. Eine ganze Anzahl von Flugblättern geht durchs Land. In allen diesen Äußerungen ist der Akzent in der Behandlung der Flüchtlingsfrage völlig eindeutig. Er läßt auf die Forderung der Rückgabe der deutschen Ostgebiete hinaus, und er will das Flüchtlingsproblem in den Westzonen überparteilich und überkonfessionell lösen.

Es dürfte klar sein, daß die Oder-Neisse-Linie für uns Deutsche kein Diskussionsgegenstand ist. Es dürfte ferner klar sein, daß bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Forderung auf eine Revision dieser unsinnigen Grenzziehung beider verantwortlichen alliierten Regierungen und vor dem Gewissen der Weltöffentlichkeit in voller Deutlichkeit erhoben werden muß. Jeder nüchtern denkende Deutsche weiß aber, daß die augenblickliche weltpolitische Lage die Frage der deutschen Ostgrenze in eine unübersichtliche Zukunft gerückt hat. Es ist daher der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß die Kreise, die hier so laut eine außenpolitische Forderung erheben; sehr viel leiser und gedämpfter für das Recht der Flüchtlinge in den deutschen Westzonen eintreten werden. Denn eine in London, Washington oder Paris angemeldete Forderung verpflichtet zu nichts. Jeder kleinste Versuch aber in Düsseldorf, Kiel oder Hannover, die gesellschaftlichen Zustände zu ändern, kostet das Opfer der bürgerlichen Einstellung zum Eigentum und die persönliche Bequemlichkeit.

Darum ist es kaum ernstzunehmen, daß dieser Hauptausschuß und die hinter ihm stehenden Kräfte überparteilich oder auch nur überkonfessionell wären. Mit einem geschäftigen Eifer haben sich die Zeitungen einer ganz bestimmten politischen Farbe der Versuche des Hauptausschusses und seiner Parolen bemächtigt. Das deutlichste Zeichen für die politische Einseitigkeit der Herren in Münster und Lippestadt war die große CDU-Kundgebung in Hannover, auf der der Vorsitzende des Hauptausschusses zusammen mit Frau Maria Meyer-Sevenica zu den Vertriebenen sprach. Das soll er ungehindert tun, es ist aber taktlos, den Flüchtlingen eine politische Neutralität dieses Hauptausschusses vorzugaukeln, die nicht existiert. Im Interesse der politischen Sauberkeit ist der Hauptausschuß verpflichtet, Farbe zu bekennen, damit nicht weiterhin unter seiner angeblich überparteilichen Schirmherrschaft Elemente tummeln, die auf den Flüchtlingsversammlungen eine soziale, in Frankfurt aber, wenn es um berechnete Interessen der Flüchtlinge wie beim Entthronungsgesetz geht, eine reaktionäre Sprache führen. Dem Flüchtling wird dadurch die Sicht erschwert, eine klare politische Entscheidung zu fällen und das eigene Recht im Rahmen Westdeutschlands zu erkämpfen. Statt dessen wird der Flüchtling verleitet, unter nationalem Trommelschlag einem der schwersten und gefährlichsten deutschen Fehler von neuem anheimzufallen, nämlich, aus Angst vor der nüchternen Wirklichkeit an Illusionen zu glauben.

## Der Generalrat der Labour-Regierung

### Von unseren England-Mitarbeiter

Nachdem bereits 1920 einmal die Viermillionen-Grenze überschritten worden war, hat die englische Labour Party jetzt mit 4 685 699 Mitgliedern einen neuen Mitglieder-Rekord erreicht. Diese neue Höchstziffer - das beweist der gleichzeitige Rückgang der individuellen Mitgliedsziffern um 36 858 - ist ausschließlich dem Beitritt weiterer englischer Gewerkschaften zuzuschreiben, die von jeher eine starke Stütze der Labour Party gewesen sind und stets einen hohen Prozentsatz der Mitgliederzahl ausmachten. 1946 zählte man bereits 3 332 358 Mitglieder der Labour Party, die durch ihre Gewerkschaften zur Partei stießen und von der neuen Rekordziffer entfallen nicht weniger als 4 031 434 Mitglieder auf die 73 Gewerkschaften, die korporativ der Labour Party angehören. Diese vier Millionen repräsentieren ungefähr die Hälfte aller Schaffenden, die in England gewerkschaftlich organisiert und deren Gewerkschaften im sog. Trade Union Congress zusammengeschlossen sind.

Geführt wird der TUC durch einen Generalrat, der aus 34 Männern und zwei Frauen besteht und den man als das "industrielle Kabinett der Arbeiter-Bewegung" bezeichnet. Präsident des Generalrats, der alljährlich neu gewählt wird, ist in diesem Jahr und zum zweiten Mal in seiner langen Geschichte, eine Frau, Florence Hancock, die sich um die soziale Stellung der Frau in der Industrie große Verdienste erworben hat. Unter den 33 Mitgliedern des Generalrats des TUC befinden sich viele mit nationalem Ruf, aber keines, das nicht ganz kl. in angefangen und sich nicht langsam nach vorne gearbeitet hat. Der Generalrat des TUC übt auf die englische Politik einen starken Einfluß aus und es ist eine alte Tradition, daß keine Regierung Beschlüsse von weittragender Bedeutung faßt, ohne sich vorher mit dem Generalrat in Verbindung gesetzt und seine Ansicht gehört zu haben. Der Generalrat, der lange von Ernest Bevin geführt wurde, und zu dessen prominentesten Mitgliedern Bevins Nachfolger, Arthur Deakins, der Präsident der größten Gewerkschaft der Welt, zählt, hat an sich jedoch keine Autorität über die einzelnen Gewerkschaften und diese wachen eifersüchtig darüber, daß jeglicher dergleichen Versuch unterbunden wird.

Die Bergarbeiter-Gewerkschaften sind im Generalrat durch den Globetrotter Bill Lawther und Jim Browman vertreten, dem eine große Zukunft vorausgesagt wird. Jack Tanner, der Vertreter der Techniker-Gewerkschaft, hatte in seinen jungen Jahren an der Rotationsmaschine eines Abendblattes gestanden und die Gewerkschaften der Baumwollindustrie-Arbeiter haben in dem Weber Andrew Naesmith und dem Spinner Alfred Roberts zwei Vertreter im Generalrat sitzen, die ihre Nöte aus eigener Erfahrung genauestens kennen. George Gibson, der jetzt zu den Direktoren der Bank von England gehört, hatte einstens in Herbergen übernachtet und Sir George Chester, der Vertreter der Schuharbeiter-Gewerkschaft, der Kesselschmied Sir Mark Hodgson und Dame Anne Loughlin tragen als einzige Mitglieder des Generalrats Adelstitel. Der einzige Kommunist im Generalrat ist Bert Papworth. Er ist ob seines netten Wesens beliebt - aber niemand achtet auf ihn.

### Das deutsch-französische Problem

sp. Auf dem Bezirksparteitag Pfalz - Kaiserslautern der SPD am 17. und 18. April stand neben der Behandlung von Landesfragen, kommunalen Fragen usw. im Mittelpunkt ein Vortrag von Franz Neumann über die politische Situation und Aufgaben der SPD. Neumann behandelte das deutsch-französische Problem. Die deutsche Staatsform könnte nicht entscheidend für die Sicherheit Frankreichs sein. Er wandte sich gegen die Absichten Frankreichs, mit den deutschen Ländern selbständige Verträge abzuschließen zu wollen. Ein Staatenbund könne nicht die Sicherheit gegen eine erneute deutsche Aggression bieten. Sicherheit biete nicht der Staat, der keine Kriege führen kann, sondern das Volk, das nie mehr Krieg führen wolle. Eine einheitliche sozialdemokratische Reichspartei würde als die beste Garantie für eine demokratische und friedliche Entwicklung bezeichnet. Deutschland und Frankreich vereint als die ältesten Kulturnationen des Festlandes würden die stärkste Garantie für den Frieden Europas bieten.

### Harzburger Front-Geist in neuer Form

H.U. Das schöne und in beneidenswerter Unversehrtheit über den Krieg gekommene Bad Harzburg ist mit dem Makel der "Harzburger Front" belastet, die hier zwischen Hitler, Hugenberg und dem Stahlhelm begründet wurde und einen der ersten entscheidenden Schritte auf dem Wege zur Diktatur bedeutete. Der hier einmal statuierte Cliquengeist scheint sich zu einer lokalen Tradition ausgewachsen zu haben. Kaum waren vor einiger Zeit umfangreiche Schiebungen, an denen neben hochgestellten Persönlichkeiten der Bürgerschaft auch führende Polizeibeamte beteiligt waren, aufgedeckt worden, als schon das Verschwinden des Reisebüroleiters bekannt wurde, der mit 35.000 M das Weite gesucht hatte. Kurz danach wurden umfangreiche Veruntreuungen von Lebensmittel- und Raucherkarten aufgedeckt, die sich von einer weit zurückliegenden Zeit bis in die Gegenwart erstreckten. Diese Defraudationen konnten nur auf einen, durch intensive Cliquen-Inzucht besonders sorgfältig präparierten Boden gedeihen. So bedeutete es nur eine folgerichtige Abrundung dieses Bildes von Korruption, daß die in Bad Harzburg untergebrachten Flüchtlinge ärger als anderswo als lästige Einringlinge betrachtet und dementsprechend behandelt wurden. Sie haben sich jetzt an die Militärregierung mit einer Resolution gewandt, die über das lokale Interesse hinaus allgemeine Beachtung verdient. Es heißt darin u.a.: "Die Flüchtlinge betrachten den derzeitigen Bürgermeister Nordmann (er gehört der CDU an) und seine Freunde in der Stadtvertretung als die Begründer einer persönlich politischen Führungsform, gegen die sich die ... nationalsozialistische Gewaltherrschaft wie eine harmlose politische Anfängerhaltung ausnimmt. In Harzburg ist die Demokratie in eine unhaltbare Despotie ausgeartet... Die Flüchtlinge setzen sich gemeinsam mit den anderen Unterdrückten in den Reihen der Einheimischen von diesem Bürgermeister und seinen Freunden in der Stadtverwaltung entschieden ab... und richten die Bitte an die Militärregierung, die derzeitige Stadtvertretung zu beurlauben und eine kommissarische an ihre Stelle zu setzen".